

vestitionsprogramm für „Häuser der offenen Tür“ Bauanträge von kommunalen und anderen Trägern für jeweils bis zu 500 000 DM je Einrichtung nach besten Kräften. Für die laufenden Personal- und Betriebskosten zahlt das Land bis zu 61 000 DM jährlich. Die Städte, Kreise und Gemeinden müßten eigentlich den gleichen Betrag dazulegen, wenn eine gute Arbeit geleistet werden soll.

Land und Kommunen sollten allerdings nur Einrichtungen fördern, wenn der jeweilige Träger bereit ist,

1. allen Kindern und Jugendlichen, ohne Rücksicht auf Verbandszugehörigkeit, den Zugang zu ermöglichen.
2. anderen in der Gemeinde oder in dem Stadtteil tätigen Gruppen oder Jugendverbänden, ohne Rücksicht auf deren konfessionelle oder politische Bindung, Räume zu Verfügung zu stellen.
3. den Jugendlichen und den in der Einrichtung tätigen pädagogischen Mitarbeitern Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen.

F.D.P.: Träger müssen Identifikationschwierigkeiten in Kauf nehmen

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Wolfgang Heinz:

Sowohl der 2. Jugendbericht der Landesregierung als auch die Anhörung im Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung haben deutlich gemacht, daß es zwar eine ausreichende, wenn auch verbesserungswürdige Versorgung mit Heimen für die organisierte Jugend gibt. Bei der Betreuung sogenannter „informeller Gruppen“ treten aber Schwierigkeiten auf. Einmal, weil selbst bei „Heimen der offenen Tür“ nicht immer gewährleistet ist, daß diese Heime und Jugendfreizeitstätten tatsächlich den offenen Zugang garantieren und ihr Angebot an Veranstaltungen pluralistisch gestaltet ist. Zum anderen, weil eben die organisatorische Erfassung von sich spontan und „ad hoc“ bildenden Gruppen Jugendlichen außerordentlich schwierig ist und von diesen Gruppen oft auch gar nicht gewünscht wird.

Dieses Spannungsfeld kann meines Erachtens nur dadurch vermindert werden, daß von den Heimen aus Angebote an Veranstaltungen auch für außerhalb von Organisationen stehende Jugendliche geschaffen werden.

Allerdings stellt dies an die Offenheit engagierter Träger besondere Anforderungen, da sie möglicherweise – gerade bei informellen Gruppen – Identifikationschwierigkeiten mit dem eigenen Programm, mit der eigenen Zielvorstellung und mit dem eigenen Ideologischen oder weltanschaulichen Hintergrund bekommen. Aber wenn wir diese Jugendarbeit ernst nehmen wollen, müssen wir die Bereitschaft, Identifikationskrisen bei den Trägern und Verantwortlichen in Kauf zu nehmen, voraussetzen, wenn Jugendarbeit tatsächlich offen sein soll.

Für die sich ad hoc bildenden Gruppen besteht die Schwierigkeit darin, zu geeigneter Zeit geeignete Räume zu bekommen.

Diskutiert werden muß, ob – wie die Schulhöfe zu Spielplätzen – auch die Schulen am Nachmittag zu Heimen der offenen Türen gemacht werden.

Porträt der Woche



Dr. Hans Daniels (CDU)

Die Tatsache, daß kürzlich Bonns Karnevalsprinz Karl-Heinz die Nachfolge von Oberbürgermeister Peter Kraemer antrat, war natürlich nur ein Scherz, der über Aschermittwoch hinaus keine Geltung beanspruchen durfte. Aber im Ernst – der neue Chef im Alten Rathaus ist bereits designiert: Wenn die CDU bei der nächsten Kommunalwahl im Mai 1975 obsiegt, soll der Landtagsabgeordnete und Notar Hans Daniels (39) das Zepter über der Bundeshauptstadt schwingen.

Daß die Wahl des CDU-Kreisverbandes mit mehr als Dreiviertel-Mehrheit auf den gelernten Volljuristen und promovierten Volkswirt fiel, hat dieser wohl eher seinem kommunalpolitischen Engagement als dem Familienerbe zu verdanken. Zwar amtierte Vater Wilhelm Daniels von 1956 bis 1969 auch schon als Oberbürgermeister von Bonn, das sich damals durch den Zusammenschluß mit Bad Godesberg, Beuel und acht anderen Gemeinden überhaupt erst zu einer veritablen Großstadt mit 300 000 Einwohnern mauserte. Aber seine Treue zur CDU hat diesen Abschied von Alt-Bonn nicht überstanden; bei der Bundestagswahl von 1969 trat Vater Daniels als unabhängiger Kandidat an (und gewann immerhin rund 20 Prozent der Stimmen).

Trotzdem, über die Rolle Bonns als Bundeshauptstadt ist seither im Familienkreise gewiß weiter nachgedacht worden, auch wenn sich die Voraussetzungen inzwischen geändert haben, und zwar erstens durch den Mutationssprung zur Großstadt und zweitens dadurch, daß ein Bekenntnis zu dieser Hauptstadtrolle heute nicht mehr als Verrat an Berlin (und damit an der deutschen Wiedervereinigung) mißverstanden werden kann.

Hans Daniels sieht diese Dinge ganz realistisch, vielleicht sogar eine Spur zu nüchtern: Ein zweites Berlin könne Bonn nicht werden, auch kein zweites London oder Paris. Wohl aber eine „menschliche

Hauptstadt“, „eine Hauptstadt mit Herz“, von der – etwa im Bereich des Städtebaus und der Kultur – „gewisse Signale“ auf den Rest der Bundesrepublik ausgehen sollen.

Ein Mann der großen, oft leeren Worte ist dieser Hans Daniels, der nach Neigung und Begabung eigentlich Mathematiker werden wollte, eben nicht. Eher ein Mann der beharrlichen Tat, der Jura studierte, um sich für den Beruf des Politikers zu rüsten. Und da hat er es ja nun recht schnell recht weit gebracht: Mit 21 Jahren CDU-Mitglied, mit 27 Ratsmitglied, mit 35 Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Bonner Rathaus, mit 36 Landtagsabgeordneter.

Als verlängerter Arm der Stadt Bonn im Düsseldorfer Landtag – wo er den Arbeitskreis Finanzen der CDU-Fraktion leitet – hat er sich dennoch nie verstanden. Wohl aber weiß er, wie leicht sich die verschiedenen Verantwortungen verwischen. Damit der Wähler seinen Beifall und seine Kritik eindeutig adressieren kann, tritt Daniels denn auch für den „Abbau von Mischverantwortungen“ (etwa auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen) ein; fast wäre ihm an dieser Stelle das Schlagwort von der „Demokratisierung“ herausgerutscht.

Obwohl er sich innerhalb der eigenen Partei keinem bestimmten Lager zurechnet, weil er sich, wie er sagt, stets problemorientiert verhält, will Hans Daniels als Oberbürgermeister der Stadt Bonn eine betont politische Figur und kein Bundespräsident im Westentaschenformat sein. Nicht nur seine Frau und seine drei Kinder werden noch merken, was das zu bedeuten hat.

Dr. Dirk Bavendamm